

Herr Reudenbach berichtete über die Unterbringung von derzeit 280 zugewiesenen Flüchtlingen in den Übergangsheimen der Stadt Siegburg und der am 24.8.2015 eröffneten Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW.

Herr Wrobel sowie Herr Lehmann erläuterten einzelne Punkte zur derzeitigen Situation der Flüchtlinge in Siegburg.

Herr Wrobel informierte über die aktuelle Situation der bereits Zugewiesenen Flüchtlinge in Siegburg. Neben den Übergangwohnheimen für Flüchtlinge sind derzeit 43 Flüchtlinge dezentral in angemieteten Wohnungen untergebracht. Diese dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ist zwar wünschenswert, aber wahrscheinlich nicht weiter durchführbar, da die Zuweisungszahlen zu schnell ansteigen werden. Es wird jedoch weiterhin angestrebt für Familien eine Unterbringung in dezentralen Wohnungen anbieten zu können um ein kindgerechtes Umfeld aufbauen zu können.

Herr Lehmann ergänzte die Ausführungen von Herrn Wrobel und teilte dem Ausschuss für kommunale Gesellschaftspolitik mit, dass die Stadt Siegburg für die Kosten der Erstaufnahmeeinrichtung für das Land NRW zunächst in Vorleistung trete, es soll eine monatliche Abrechnung erfolgen.

Zudem wurde über die Verbesserungswürdigkeit der Zusammenarbeit mit dem Land und dem Rhein-Sieg-Kreis berichtet. Hier wurde u.a. die deutlich verspätete Ankunft der Busse, die fehlende Unterstützung des Kreisgesundheitsamtes und des Kommunalen Integrationszentrums angesprochen. Eine positive Resonanz gab es für die Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes, des Helios Klinikums und einiger niedergelassener Ärzte, der Mitarbeiter der Stadtverwaltung und vieler ehrenamtlicher Helfer. Auch der Sicherheitsdienst wurde von Herrn Lehmann positiv erwähnt, da dieser 24 Stunden am Tag mit viel Fingerspitzengefühl arbeiten.

Herr Reudenbach, Herr Höver sowie die anwesenden Fraktionen bedankten sich für das Engagement aller Ehrenamtler und weiteren Helfer.

Die Fragen der einzelnen Fraktionsmitglieder zu den Ausführungen der Stadtverwaltung Siegburg wurden durch Herrn Lehmann, Herrn Wrobel und Herrn Reudenbach beantwortet.

Der Ausschuss für kommunale Gesellschaftspolitik nahm Kenntnis.